

Burgdorf, 28. Juni 2013

An die Medien im Kanton Bern

Medienmitteilung

SPERRFRIST: Freitag, 28. Juni 2013, 11.00 Uhr

Sparvorschläge im Behindertenbereich sind inakzeptal und kurzsichtig

Für die Kantonale Behindertenkonferenz sind die Sparvorschläge des Regierungsrats im Behindertenbereich inakzeptabel. Sie treffen am stärksten Menschen mit hohem Betreuungsbedarf, die bereits heute nur mit grossen Anstrengungen einen geeigneten Wohnplatz finden und sie schränken die Lebensqualität und die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung, die in Institutionen leben, deutlich ein. Und die Sparvorschläge sind kurzsichtig, denn sie ignorieren die demografische Entwicklung.

Der Regierungsrat plant in den Institutionen für erwachsene Menschen mit einer Behinderung im 2014 15.7 Millionen Franken und ab 2015 28.7 Millionen Franken einzusparen; er geht davon aus, dass dafür 220 Vollzeitstellen gestrichen werden müssen. Gemäss Socialbern fällt 10 Prozent des heutigen Personals weg.

Für die Menschen mit Behinderung, die bereits in einer Institution leben, bedeutet dies eine massive Einbusse an Lebensqualität. Betreuende werden in Zukunft häufiger alltägliche Aktivitäten (wie Zähneputzen, Kleiderwechsel, Kochen usw.) für die Menschen mit Behinderung ausführen, anstatt diese dabei anzuleiten. Die Möglichkeit, die Freizeit selber nach den eigenen Interessen und Bedürfnissen zu gestalten, etwa an Familienanlässen, teilzunehmen wird eingeschränkt, weil Betreuende für die Begleitung fehlen werden.

Für Menschen mit Behinderung, die einen hohen Betreuungsbedarf haben, wird es wegen dieser enormen Einsparungen noch schwieriger werden, einen geeigneten Wohnplatz zu finden. Bereits heute berichten Angehörige, wie sie mühsam bei Institutionen Klinken putzen auf der Suche nach einem geeigneten Wohnplatz. Die Einsparungen treffen deshalb die behinderten Menschen mit hohem Betreuungsbedarf ganz besonders.

Längerfristig gefährden die geplanten Einsparungen, die Umsetzung des Behindertenkonzepts des Kantons Bern, das vom Bundesrat genehmigt wurde. Ebenso gefährdet ist die Umsetzung der kantonalen Behindertenpolitik, deren Stossrichtung der Grosse Rat im Behindertenbericht beinahe einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Gemäss Behindertenkonzept und Behindertenbericht sollen die Selbstbestimmung und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung gestärkt werden. Die vorliegenden Sparvorschläge werden aber die Möglichkeiten spürbar einschränken. Die Kantonale Behindertenkonferenz kbk befürchtet, dass aufgrund der vorgeschlagenen einschneidenden Sparmassnahmen bei der Umsetzung des Behindertenkonzepts keine Mittel zur Verfügung stehen werden, um Menschen mit Behinderung zu unterstützen, die selbständig leben wollen und leben könnten. Gefährdet ist auch die Beratung von Menschen mit einer Behinderung, die einen Assistenzbeitrag bei der Invalidenversicherung beantragen wollen.

Im Behindertenbericht wurde eine kostenneutrale Umsetzung des innovativen Behindertenkonzepts postuliert, der Regierungsrat verstösst nun gegen dieses Postulat; und dies obwohl aufgrund der demografischen Entwicklung - Menschen mit Behinderung werden älter – die Zahl der Menschen mit einer Behinderung, die wegen ihrer Behinderung Unterstützung benötigen seit einiger Zeit zunimmt.

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk wird sich gemeinsam mit Socialbern entschieden gegen die Sparmassnahmen zur Wehr setzen. Sie wird die Grossrätinnen und Grossräte informieren, was der Vorschlag der Berner Regierung für den Alltag der Menschen mit Behinderung bedeuten würde.

Kontakt für Rückfragen:

Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin kbk, 079 593 26 80 (ab 12 Uhr)

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk ist ein Dachverband von knapp 50 bernischen Behindertenorganisationen aus Fach- und Selbsthilfe. Wir vertreten behinderungsübergreifend die Interessen der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen. Insbesondere engagieren wir uns für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.